



Dominik Schneider, Münchner Str. 10, 82256 Fürstenfeldbruck

Sebastian Zollbrecht
JU-Kreisvorsitzender Dachau

An die Vertreter der Presse

Dominik Schneider
JU-Kreisvorsitzender FFB

Datum: 25.09.2026

PRESSEMITTEILUNG

Junge Union Dachau und Fürstenfeldbruck: Schluss mit Personaldebatten, jetzt braucht es den politischen Turnaround

Die Kreisverbände der Jungen Union Dachau und Fürstenfeldbruck fordern angesichts der aktuellen Diskussionen innerhalb der Union und der Bundesregierung eine klare politische Kurskorrektur. Eine Personaldebatte hilft niemandem. Entscheidend ist, ob die Bundesregierung die Probleme des Landes löst und konkrete Verbesserungen für die Menschen erreicht.

„Wir sollten uns jetzt nicht in Personaldebatten verlieren. Ein anderer Kanzler würde weder die Probleme bei den Sozialversicherungen noch die Haushaltslage oder die wirtschaftlichen Herausforderungen unseres Landes über Nacht lösen. Die Union muss jetzt regieren und liefern. Wir brauchen einen echten politischen Turnaround“, erklären Sebastian Zollbrecht, Kreisvorsitzender der Jungen Union Dachau, und Dominik Schneider, Kreisvorsitzender der Jungen Union Fürstenfeldbruck.

Vertrauen zurückgewinnen und Politikwechsel umsetzen

Gerade die Kehrtwende bei Staatsverschuldung und Schuldenbremse nach der Bundestagswahl hat viel Vertrauen gekostet. Dieses Vertrauen muss die Union jetzt durch konkrete politische Ergebnisse zurückgewinnen.

„Die Union ist mit dem Versprechen eines Politikwechsels für Deutschland angetreten. Sie hat noch Zeit, diesen Politikwechsel umzusetzen. Das ist ihr Anspruch und ihre Pflicht gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern.“

Sozialstaat reformieren, Staatsfinanzen stabilisieren

Für die Junge Union sind in Deutschland substanzielle strukturelle Reformen in vielen Bereichen notwendig. Besonders beim Sozialstaat und bei der Abgabenbelastung der Bürger besteht dringender Handlungsbedarf.

„Wir brauchen wieder eine christlich-soziale Politik, die in Erinnerung ruft, wofür die Solidargemeinschaft eigentlich da ist: für Menschen, die unverschuldet in Not geraten, wie Kranke, Arbeitslose und Arbeitsunfähige, und für Bürgerinnen und Bürger, die am Ende eines langen Arbeitslebens kaum von ihrer Rente leben können. Dies heißt aber auch: Wer arbeiten

kann, muss seinen Beitrag leisten; wer hier leben will, muss sich auch einbringen. Der Sozialstaat darf keine Einbahnstraße sein.“

Auch die Rentenproblematik wurde über Jahrzehnte verschleppt. Während andere Länder Kapitalstöcke für die Altersvorsorge aufgebaut haben, ist das umlagefinanzierte System aufgrund des demographischen Wandels gescheitert. Hohe Transferzuwendungen und steigende Zinslasten schränken die staatliche Handlungsfähigkeit bereits heute erheblich ein.

„Wir können nicht jedes Problem mit einem neuen Milliardenprogramm zukleistern. Die junge Generation hat ein Recht darauf, dass heute nicht auf Kosten von morgen gelebt wird.“

Deshalb braucht es jetzt einen umfassenden Reformkurs. Besonders die arbeitende Mitte und junge Familien brauchen mehr finanziellen Spielraum, der in erster Linie durch Senkung der Abgaben auf Löhne und Gehälter zu schaffen ist.

„Wer arbeitet und z.B. durch Gründung einer Familie Verantwortung für künftige Generationen übernimmt, muss für diese gesellschaftliche Leistung durch ein Mehr im eigenen Geldbeutel belohnt werden. Reformen müssen deshalb zu einer echten finanziellen Entlastung führen, etwa durch spürbare Senkung der Steuern auf Arbeitseinkommen. Und junge Menschen müssen wieder die Zuversicht haben dürfen, dass ihnen ein wettbewerbsfähiger Wirtschaftsstandort Deutschland ein Aufstiegsversprechen für Fleiß und Tüchtigkeit geben kann.“

Die Union muss zu diesem Zweck den Koalitionspartner SPD an seine staatspolitische Verantwortung erinnern. Notwendige Reformen dürfen nicht am sozialdemokratischen Veto scheitern; das darf nicht das Ergebnis der strategischen Entscheidung der Union sein, wo politische Mehrheiten gesucht werden.

„Die Union muss die SPD zu der Entscheidung bewegen, ob sie bereit ist, notwendige Veränderungen mitzutragen und Deutschland wieder auf Erfolgskurs zu bringen. Denn wenn die SPD jetzt notwendige Reformen weiter blockiert, verschiebt sie die Lasten in die Zukunft und gefährdet die Handlungsfähigkeit des Staates.“

Die Junge Union Dachau und Fürstenfeldbruck will diese Fragen auch innerhalb der Union weiter diskutieren und die Debatte über den künftigen politischen Kurs vorantreiben.

„Die Menschen haben keine Zeit für Berliner Personaltheater. Sie wollen wissen, ob sich Arbeit noch lohnt, ob sie sich eine Familie leisten können und ob unser Staat seine Aufgaben auch in zehn oder zwanzig Jahren noch finanzieren kann. Darauf muss die Bundesregierung jetzt Antworten liefern.“

gez.

Sebastian Zollbrecht
Kreisvorsitzender, Junge Union Dachau

gez.

Dominik Schneider
Kreisvorsitzender, Junge Union Fürstenfeldbruck